

NACHRICHTEN

Tote und Verletzte in Algerien

Algier: Bei einem Überfall mutmasslicher Fundamentalisten auf ein Café in der Nähe von Algier sind in der Nacht zum Dienstag sechs Menschen getötet und 13 weitere verletzt worden. Wie Mitarbeiter des Spitals in Kolea mitteilten, feuerte eine mit Maschinenpistolen bewaffnete Gruppe in dem Weiler Nedsschar, rund 45 Kilometer westlich von Algier, mitten in die Gäste des kleinen Cafés. Zwei Polizisten schossen zurück und veranlassten die Täter zum Rückzug. Der Überfall ereignete sich gegen 23 Uhr, nachdem etliche Männer des Dorfes nach Einbruch der Dunkelheit im Fastenmonat Ramadan in dem einzigen Treffpunkt des Ortes zusammengekommen waren. Am Sonntag hatten nach einem Bericht der Tageszeitung «Le Matin» Moslem-Rebellen in dem Dorf El Amaria, 200 Kilometer südlich von Algier, eine fünfköpfige Familie getötet. Die Rebellen hätten ihren Opfern die Kehlen durchgeschnitten und anschliessend das Haus der Familie angezündet. In den vergangenen Wochen wurden wieder verstärkt politisch motivierte Gewalttaten registriert. Allein seit Beginn des moslemischen Fastenmonats Ramadan am 9. Dezember wurden bei Überfällen mutmasslicher Fundamentalisten mehr als 130 Menschen umgebracht.

Verfassungsklagen gegen Ökosteuer

Hamburg: In Deutschland wird sich das oberste Verfassungsgericht mit der Ökosteuer befassen. Der Verband Deutscher Kühlhäuser- und Kühllogistik-Unternehmen hat Klage beim Verfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht. Gerichtssprecherin Uta Fölster bestätigte am Dienstag die Klage. Wann mit einer Entscheidung zu rechnen ist, sei nicht absehbar, sagte sie. Durch die Ökosteuerreform ist die Mineralölsteuer für Benzin und Dieselkraftstoff zum 1. Januar 2000 erneut um sechs Pfennig je Liter gestiegen. Bereits im April 1999 hatte es eine derartige Erhöhung gegeben. Die gleichen Schritte folgen in den Jahren bis 2003. Darauf lasten jeweils 16 Prozent Mehrwertsteuer, was den Sprit in jeder Stufe tatsächlich um sieben Pfennig verteuert.

DDR-Grenztruppenchef Baumgarten begnadigt

BERLIN: Der frühere DDR-Grenztruppenchef Klaus-Dieter Baumgarten ist begnadigt worden. Der 1996 zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilte Baumgarten werde am 15. März aus der Haft entlassen. Die Sprecherin der Berliner Justiz, Svenja Schröder-Lomb, bestätigte am Dienstag entsprechende Medienberichte. Die laut Gnadenordnung zuständige Stadtregierung von Berlin habe dem Gnadenverweis auf Empfehlung des damaligen Justizsenators Ehrhart Körting bereits am 7. Dezember ausgesprochen. Baumgarten wird bei seiner Entlassung dann die Hälfte plus einen Monat seiner Haftstrafe verbüsst haben. Er war im September 1996 des Totschlags in elf und des versuchten Totschlags in fünf Fällen schuldig gesprochen worden. Baumgarten hatte eine der höchsten Strafen wegen der Toten an der Grenze erhalten.

Philippinen: Erste Hinrichtung im Jahr

MANILA: Auf den Philippinen ist am Dienstag die erste Hinrichtung im Jahr 2000 vollzogen worden. Der Vergewaltiger Alex Bartolome starb um 08.00 MEZ durch die Giftspritze, nachdem Präsident Joseph Estrada zuvor die Begnadigung des 41-Jährigen abgelehnt hatte. Bartolome hatte von 1993 an seine damals 14 Jahre alte Tochter über Jahre zum Sex gezwungen. In einem dramatischen Appell hatte Elena Bartolome Präsident Estrada aufgefordert, ihren Vater zu verschonen. Die katholische Kirche auf den Philippinen verurteilte die Hinrichtung als Widerspruch zu der Botschaft von Hoffnung und Vergebung, die das für 2000 ausgerufen Heilige Jahr verkünde. «Dies ist die erste Exekution nicht nur auf den Philippinen, sondern auf der ganzen Welt», sagte der Koordinator der kirchlichen «Koalition gegen die Todesstrafe», Pater Silvino Borres. «Ich weiss nicht, ob wir darauf stolz sein können», kritisierte der Geistliche.

Recht auf Einreise

SYDNEY: Der 86 Jahre alte gebürtige Lette Konrad Kalejs, der während der deutschen Besatzung Lettlands an der Ermordung von 30 000 Menschen mitgewirkt haben soll, kann nach Australien einreisen.

Hilfe von Bund und Kanton

Nach dem Orkan «Lothar»: Zehn Millionen Kubikmeter Fallholz

BERN: Zehn Millionen Kubikmeter Holz im Wert von rund einer Milliarde Franken hat «Lothar» am Stephanstag gefällt. Um die Schäden zu bewältigen, hat sich am Dienstag ein nationaler Führungsstab gebildet. Auch Kantone haben Massnahmen ergriffen.

Vertreter der Kantone und weiterer interessierter Kreise trafen sich auf Einladung der Forstdirektion des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) am Dienstag in Bern. Sie zeigten sich entschlossen, die Millionenschäden «mit allem verfügbaren Know-how» zu bewältigen.

Armee zu Einsatz bereit

Der nationale Führungsstab unter Leitung von Buwal-Forstdirektor Werner Schärer wird eine Strategie zur Bewältigung der Schäden entwickeln und die Arbeiten koordinieren. Er soll auch Grundlagen erarbeiten, damit dem Parlament aufgrund des Katastrophenartikels «ausserordentliche Vorkehrungen» beantragt werden können.

Das allfällige Engagement der Bundesarmee wurde an der Medienkonferenz nicht beziffert. Die Schäden sind doppelt so hoch wie beim Orkan Vivian im Jahre 1990. Laut Schärer bedeutet dies aber nicht,



Der eidgenössische Forstdirektor Werner Schärer (rechts) lud gestern in Bern zu einer Koordinationsitzung ein.

dass auch die Kosten doppelt so hoch ausfallen werden.

Von Vivian sei vorab das Berggebiet betroffen gewesen, wo die Schadensbewältigung teurer zu stehen kommt. Grundsätzlich zu einem

Hilfeinsatz bereit ist auch die Armee. Das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport will zuvor allerdings das genaue Ausmass der Schäden kennen. Die zehn Millionen Kubikmeter

Windschlag entsprechen laut Schärer ungefähr dem normalen Holzschlag von zwei Jahren. Vom Orkan nicht betroffene Kantone hätten sich schon bereit erklärt, auf Holzschlag zu verzichten.

Weiterhin blutige Krawalle auf Molukken

Kämpfe zwischen Christen und Moslems gehen weiter

JAKARTA: Trotz eines massiven Militäreinsatzes gehen auf den ostindonesischen Molukkeninseln die Kämpfe zwischen Christen und Moslems weiter. Nach Armeeangaben kamen bei Unruhen auf der Insel Seram allein am Dienstag 17 Menschen ums Leben.

Damit sind seit dem erneuten Ausbruch der religiös motivierten Krawalle am Sonntag vor einer Woche nach unterschiedlichen Angaben zwischen 600 und 700 Einwohner des Archipels den Ausschreitungen zum Opfer gefallen. Die indonesische Armee hat nach eigenen Anga-

ben 8000 Mann Verstärkung in das Unruhegebiet entsandt.

Die christlichen indonesischen Kirchen sprachen sich dafür aus, internationale Friedenstruppen in der Konfliktregion zu stationieren, weil die Gefahr bestehe, dass die christliche Gemeinschaft «ausgelöscht» werde.

Intervention abgelehnt

Staatspräsident Abdurahman Wahid und sein Minister für Sicherheit und politische Angelegenheiten, General Wiranto, lehnten jegliche ausländische Intervention ab.

Unterdessen wurde Indonesiens

Polizeichef General Rusmanhadi, durch den Leiter der Polizeiakademie, Generalleutnant Rusdiharjo ersetzt. Rusmanhadi war in die Kritik geraten, weil es ihm nicht gelungen war, der Gewalt in Indonesien ein Ende zu setzen.

Die Lage in der Molukken-Hauptstadt Ambon schien sich inzwischen etwas entspannt zu haben. Dort hatten die Krawalle vor mehr als einer Woche begonnen. Auslöser war ein Verkehrsunfall zwischen einem Christen und einem Moslem. Nach Berichten von Einwohnern waren am Dienstag wieder Omnibusse unterwegs und einige Läden geöffnet.

Bei Razzien beschlagnahmte die Armee nach Medienberichten seit Sonntag rund 1000 häufig selbst gebaute Feuerwaffen sowie Beile und Messer.

Bereits ein Jahr

Erstmals waren die Ausschreitungen im Januar vergangenen Jahres ausgebrochen. Seither hat es auf Ambon und den anderen Unruhegebieten der als Gewürzinseln bekannten Molukken mehr als 1500 Tote gegeben. Mehrere zehntausend Bewohner flüchteten in sichere Provinzen des grössten muslimischen Landes der Erde.

Weizman lehnt Rücktritt ab

In Affäre wegen Geldgeschenk verwickelt

JERUSALEM: Israels Staatspräsident Ezer Weizman lehnt einen Rücktritt wegen der Affäre um Geldgeschenke von einem französischen Millionär ab. Dies teilte Weizmans Sekretär Arie Schumer am Dienstag in Jerusalem mit.

Weizmans Ehefrau verwies nach Angaben des israelischen Radios darauf, dass ein Rücktritt ihres Mannes als Schuldgeständnis missverstanden werden könne. Die Vorwürfe gegen ihren Mann seien bereits mehrfach geprüft worden und hätten sich als inhaltslos erwiesen.

Weizman wolle jetzt zunächst die Untersuchung der Staatsanwaltschaft abwarten, sagte die Ehefrau des Präsidenten weiter. Unterdessen hat der israelische Journalist Joav Izchak, der als erster über die Affäre berichtet hatte, seine Vorwürfe gegen Weizman am Dienstag während einer Pressekonferenz ausgeweitet.

So soll Weizman einen Teil von insgesamt 6,5 Millionen Dollar, die der französische Millionär Eduard Sarussi in den Jahren 1984 bis 86 der damaligen israelischen Splitterpartei «Jachad» gespendet hatte, auf sein Privatkonto abgezweigt haben.



Israels Präsident Ezer Weizman wird vorgeworfen, eine halbe Million Dollar von einem französischen Geschäftsmann angenommen zu haben.

Weizman war Vorsitzender der Partei, die sich später der Arbeitspartei anschloss. Der Journalist sagte, Weizman habe das Geld auch

nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten 1993 weiter verwendet, unter anderem, um Schulden zu begleichen.

Mehr Sicherheit

NEU-DELHI: Nach der Entführung einer Passagiermaschine hat Indien die Sicherheitsvorkehrungen in seinen Flugzeugen verstärkt. An Bord der Maschinen der Air India und der Indian Airlines fliegen Sicherheitskommandos mit. Die Zahl der Sicherheitsleute richtet sich nach Dauer des Fluges und der Grösse der Maschine, meldete die Zeitung «Indian Express» am Dienstag. Schon Mitte der 90er Jahre wurden darüber nachgedacht, worden zum Schutz vor Entführungen Spezialkommandos mitfliegen zu lassen, doch sei der Plan aus Kostengründen seinerzeit fallen gelassen worden, berichtet das Blatt. Ferner unter Berufung auf Beamte der zivilen Luftfahrt: Die Kommandos seien mit leichten Waffen ausgerüstet. Eine Maschine der Indian Airlines im Dezember 1999 wurde von 15 Menschen an Bord. Am 24. Dezember von Kashmir Separatisten entführt, wurden die Geiseln freigesetzt, aus indischen Gefängnissen freigelassen und nach Indien zurückgeführt. Das Geschehen zündete die Wut der indischen Bevölkerung. Die indische Regierung kündigte an, die Kommandos zu verstärken und die Sicherheitsvorkehrungen zu verbessern.